



Eidgenössisches Politisches Departement
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Integrationsbureau

Département politique fédéral
Département fédéral de l'économie publique

Bureau de l'intégration

777.801 - B/Bö/rs

3003 Bern, den 21. April 1978

Notiz für Herrn Direktor J o l l e s

Kopie: So, Sb, Gi, Eg

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel

EG-Währungskooperation

Sie haben uns um eine Kurzinformation zu den folgenden drei Problemkreisen gebeten:

1 Jenkins-Vorschläge zur WWU:

- a) Der Kommissionspräsident hat mit einer im Herbst 1977 in Florenz gehaltenen Rede die Diskussion um die WWU wieder in Gang gebracht, wobei es zunächst darum geht, einen politischen Bewusstwerdungsprozess zu fördern: Die WWU ist neben der Erweiterung und der Direktwahl eine der drei grossen interdependenten Zukunftsaufgaben der Gemeinschaft.
- b) Voraussetzung dafür, dass die WWU überhaupt in realisierbare Nähe rückt, ist die Verwirklichung eines wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms, dessen Optionen wie folgt lauten:

- verstärkte Konvergenz der Volkswirtschaften und der Wirtschaftspolitik

- 2 -

- Fortschritte auf dem Weg zu einem einheitlichen und wettbewerbsfähigen Markt
- Ausbau der gemeinschaftlichen Struktur- und Sozialpolitik.

c) Die längerfristig angestrebte WWU definiert sich mit den folgenden vier Elementen:

- Herstellung eines tatsächlichen Binnenmarktes
- Vornahme aller wesentlichen makro-oekonomischen Beschlüsse durch die Gemeinschaft
- Einführung einer einheitlichen Währung
- Herstellung einer Währungsreserve auf Gemeinschaftsebene

2 Die diesbezüglichen Optionen des Europäischen Rates vom 7./8.4.1978

- a) Ausgangspunkt war das Erfordernis, bis Mitte 1979, zur Meisterung der Arbeitslosigkeit die von der OECD ausgerechnete (und unterdessen als unrealistisch bezeichnete) Wachstumsrate von 4 1/2 % zu erreichen, dies flankiert durch Restrukturierungen und regionalpolitische Einsätze.
- b) Als währungspolitisches Ziel wurde alsdann eine grössere Wechselkursstabilität unter den EG-Währungen genannt, nämlich als eine Grundlage, um wirkungsvoller gegenüber Währungen von Drittstaaten auftreten zu können. Zu diesem Zweck müssten das EG-Wechselkurssystem "beyond the snake" ausgedehnt, der RE eine währungspolitische Funktion gegeben sowie die Funktion und die Mittel des FECOM erweitert werden. Von der technischen Durchführung her würde dies bedeuten:
- eine Zunahme der Interventionen auf dem Geldmarkt in Gemeinschaftswährungen

- 3 -

- den zunehmenden Ersatz des Dollars durch die Rechnungseinheit für die Rückzahlung der Zahlungskredite
- Emission der Rechnungseinheit durch ^{den}FEKOM, derweil die Einzahlungen in den Fonds in Dollars oder Gold erfolgen würden.

3 FEKOM

a) Mit dem am 3.4.1973 durch Ratsbeschluss auf der Basis von Art. 235 EWGV (Entwicklungsklausel) gegründeten FEKOM, ist der erste Schritt zu einer Vergemeinschaftung der Währungsprobleme gemacht worden. Der Zweck der FEKOM besteht darin, im Rahmen der Währungsschlange die Bandenbreitenverengung, die Interventionen in Gemeinschaftswährungen und die konzertierte Reservepolitik zwischen Zentralbanken zu fördern. Es ergibt sich somit rechtlich der Umstand, dass die Politik des Währungsverbundes zwar Sache der einzelnen Mitgliedstaaten ist, deren Ausführung aber durch gemeinschaftsrechtliche Mechanismen zu erfolgen haben. Die Grundsatzfragen verbleiben somit der einzelstaatlichen Kompetenz; haben sich die Mitgliedstaaten aber für einen von ihnen zu bestimmenden Währungsverbund entschlossen, so hat dessen Administration nach gemeinschaftrechtlichen Normen zu geschehen. Diese Konstruktion ist indessen bisher weitgehend theoretischer Natur geblieben, insofern die technische Abwicklung der verbundsinternen Mechanismen vorderhand über die BIZ vorge-
nommen werden.

4 Kritische Würdigung

Die Bewegung, welche ins europäische Währungsgeschehen geraten ist, kommt nicht von neuen Ideen her (diese wurden z.B. im Plan "Van Ypersele" bereits anfangs des Jahres zusammenfassend dargelegt), sondern von einer neuen Haltung des deutschen

Bundeskanzlers. Dieser hat bis jetzt eine monetäre Zusammenarbeit als Mittel zur Erreichung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes abgelehnt und das wirtschaftliche Gleichgewicht als Voraussetzung einer monetären Zusammenarbeit bezeichnet. Sein Vorstoss in Kopenhagen scheint nicht mit sämtlichen Kreisen der Bundesrepublik abgesprochen zu sein, sicher ist aber, dass er dem Druck der Exportindustrie folgt, welche zumindest im Gemeinsamen Markt auf eine vermehrte Wechselkursstabilität und entsprechend einfachere Zahlungshandhabung drängt.

Gemäss den uns zugänglichen Informationen wird die Richtung der neuen monetären Bewegung in Europa namentlich von Giscard begrüsst. Er war es, der immer die Wichtigkeit des monetären Gleichgewichtes in den Vordergrund gestellt hat, wobei der Widerspruch zwischen Zielsetzung und zielführender französischer Wirtschaftspolitik nie zu übersehen gewesen ist. Das "Fehlen eines monetären Gleichgewichtes" hat sich in Frankreich auch als willkommenes Mittel erwiesen, bei wirtschaftlichen Krisenerscheinungen den schwarzen Peter dem Ausland zuzuspielen.

Die Amerikaner stünden den bekanntgewordenen Vorschlägen nicht feindlich gegenüber.

Die Briten scheinen einige Reserven zu haben: erstens trauen sie Schmidt zu, dass er mit seinem Stabilisierungsplan von der Wachstumspolitik (deutsche Lokomotive) ablenken will; zweitens fürchten sie einen gewissen Anti-Amerikanismus eines europäischen Verbundes als Resultat der vorgeschlagenen Anstrengungen, und drittens ist der gegenwärtigen^{Regierung}/alles zuwider, was nach gemeinschaftlicher Disziplin aussieht.

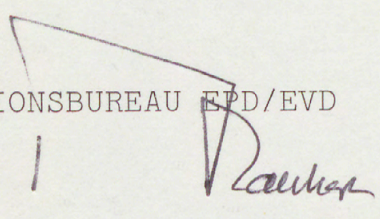
Der Nebel der Geheimhaltung, der über den Gesprächen liegt, hat sich erst leicht gelüftet. Es ist aber jetzt schon zu erkennen, dass die technische Lösung bedeutend weniger strengen Regeln als ^{jenen}der Schlange folgen müsste. Es bleibt deshalb die Frage nach den genau definierten Zielsetzungen (target zones). Zur Zeit wird darüber in den europäischen Hauptstädten beraten, und das Comité monétaire und das Comité des Gouverneurs des

- 5 -

des Banques Centrales" sind unter den gemeinschaftlichen Institutionen daran, aus der Initiative des deutschen Kanzlers Anleitungen zum praktischen Handeln herauszudestillieren.

Am 6./7. Juni findet in Bremen der europäische Wirtschaftsrat und am 13./14. Juni in Bonn der Wirtschaftsgipfel statt. Schmidt, dem die Präsidentschaft zukommt, wird sich zumindest nicht vorwerfen lassen müssen, er habe nicht für ^{konstruktiven} Diskussionsstoff gesorgt.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD


(Franz Blankart)